

Das Land selbst hat sowohl das Pilotprojekt als auch alle Maßnahmen des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes zu evaluieren, bedarfsgerecht anzupassen und weiterzuentwickeln. Zudem plant DIE LINKE ein Investitionsprogramm, um die Kommunen unter anderem im Hinblick auf die Schaffung von Barrierefreiheit zu unterstützen.

2. Heimaufsicht

Vor dem Hintergrund der aufgedeckten Misshandlungsfälle von Kindern und Jugendlichen in den – inzwischen geschlossenen – Heimen der Haasenburg GmbH und der in diesem Zusammenhang diskutierten möglichen Versäumnisse der Heimaufsicht des Landes bitten wir um die Position Ihrer Partei zu einer Neuorganisation der Heimaufsicht, die fachlich und personell in der Lage ist, das Wohl derjenigen Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten, die außerhalb ihres Elternhauses in Einrichtungen der Heimerziehung betreut werden und damit ihre staatliche Garantenpflicht adäquat zu erfüllen? – Dies im Hinblick auf etwas 4.000 – 5.000 Plätze in den verschiedenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wie der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.

Aus den Fehlern im Fall Haasenburg wurde gelernt. Sowohl der Bericht der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Einrichtungen der Haasenburg GmbH als auch zahlreiche Fachgespräche förderten Versäumnisse und Schwachstellen zutage, die zwingend auf die Notwendigkeit hinweisen, Maßnahmen zur Verbesserung der Heimaufsicht in der Kinder- und Jugendhilfe zu implementieren. So wurde beispielsweise im Zuge der Integration des Landesjugendamtes in das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu Beginn des Jahres die Heimaufsicht neu strukturiert. Es erfolgte somit eine Verkürzung der Informationswege bei gleichzeitiger Aufstockung der Beschäftigtenzahl von drei auf fünf Mitarbeiter. Zusätzlich steht die Entwicklung neuer Richtlinien für die Begutachtung von Konzeptionen sowie Handlungsanweisungen für die Heimaufsicht im Mittelpunkt.

Selbstverständlich bewirkten die Vorfälle im Bereich Kinder- und Jugendhilfe auch, dass der Blick im Bereich der Eingliederungshilfe sowie der Altenhilfe wacher wurde. So fordert DIE LINKE die Entwicklung eines Pflegepolitischen Maßnahmenprogramms, welches auch umfassend und übergreifend auf die Rechte der pflegebedürftigen Menschen im Hinblick auf ein würdevolles Leben und eine würdevolle Pflege im Alter eingeht. Im Hinblick auf wohnunterstützende Maßnahmen fordert DIE LINKE konkret die Kontrolle und Verbesserung der Aufsicht.

Prinzipiell vertritt DIE LINKE die Auffassung, dass im Bereich der Behinderten- und Altenhilfe der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umzusetzen sowie das Wunsch- und Wahlrecht jedes Einzelnen zu berücksichtigen ist. Oberste Priorität hat ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben in Würde am Ort der Wahl des Betroffenen.

3. Unabhängige Ombudsstellen

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Implementierung unabhängiger Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe und tangierenden Sozialleistungen als Korrektur zu fachlich problematischem oder rechtswidrigem Handeln der zuständigen Behörden und damit zur Stärkung der Betroffenenrechte?

Die Rechte des Kindes sind für DIE LINKE ein hohes Gut. Sie sollen Leitlinien staatlichen Handelns sein. Um dies zu gewährleisten setzen wir uns unter anderem für eine unabhängige Monitoringstelle ein. In diesem Kontext steht auch die Installierung einer/s Landeskinderbeauftragten ein, welche/r kinderrechtliche Beratungs- und Ombudsfunktionen wahrnimmt sowie künftige (Gesetzes-)Vorhaben auf ihre Auswirkungen bezüglich der jüngeren Generation prüft und bewertet.